

viele denken können. Ihre Stimme abgegeben haben 195 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 13 Kolleginnen und Kollegen. Mit Nein stimmten 179 Kolleginnen und Kollegen. Drei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1543** mit breiter Mehrheit im Hohen Hause abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 03. Ich will nicht daran erinnern, dass das immer eine historische Abstimmung hier im Hohen Hause war. Das war nämlich nicht so. Aber einmal war es historisch. Das ist jetzt gut fünf Jahre her. Am 14. März 2012 war dieses festliche Ereignis hier zu erleben. Damals fand der Einzelplan 03 keine Mehrheit. Manche erinnern sich noch daran, was dann kam.

Nun aber stimmen wir über den Einzelplan 03 ab. Ich gehe davon aus, dass alles prima von den Fraktionen organisiert ist. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1503, den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Hiermit kommen wir zur Abstimmung über diese Beschlussempfehlung.

Wer stimmt dem Einzelplan 03 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Das tun CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltungen der drei fraktionslosen Abgeordneten, die wir natürlich namentlich einzeln aufführen, ist der **Einzelplan 03** ganz eindeutig mit der Mehrheit des Hohen Hauses **in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

- a) Kultur**
- b) Wissenschaft**
- c) Weiterbildung**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1506

Nunmehr kommen wir zur Aussprache zum Teilbereich

a) Kultur

Dazu eröffne ich die Aussprache. Für die SPD-Fraktion ergreift hier am Pult Herr Kollege Bialas das Wort. Bitte schön, Herr Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag haben Sie

einen durchaus beachtlichen Kulturteil vorgelegt. Sie haben in diesem Vertrag eine Erhöhung verabredet und den ersten Schritt nun im ersten vorgelegten Haushalt auch vollzogen.

Mir ist klar, dass in den Haushaltsberatungen nicht allzu viel und nicht zwingend seitens der Opposition gelobt wird. Stellen Sie sich trotzdem kurz darauf ein. Denn die finanzielle Erhöhung des Kulturetats verdient Anerkennung.

Derzeit sind diese 20 Millionen € mehr in einem ansonsten weitestgehend überrollten Haushalt allerdings recht luftig und ohne konkreten Plan in den Haushalt eingeführt. Wir hoffen daher auf eine baldige Konkretisierung. Denn natürlich kommt es auf mehr Geld an. Aber bei einem Haushalt kommt es auch auf die Konkretisierung an. Dabei geht es wiederum im Wesentlichen um eine entsprechende Haltung. Diese ist noch nicht zu erkennen. Da ist derzeit noch sehr viel Nebel. Dieser sollte sich auch bald lichten.

Dennoch haben Sie im Bereich Kultur – das sage ich ganz ausdrücklich – zunächst unser Vertrauen verdient. Denn viele der zusätzlichen Gelder werden wohl in den nächsten Theater- und Orchesterpakt fließen. Auch uns ist es hier wichtiger, dass gründlich gedacht, gründlich verhandelt und gründlich geplant wird, als dass schnellstmöglich eine untaugliche Variante aus der Taufe gehoben wird.

Vermutlich wird von dieser Stelle aus aber gleich auch das Hohelied der neuen Ausrichtung der Kulturpolitik gesungen werden. Daher lassen Sie mich kurz einige Punkte ansprechen.

Die vergangenen Jahre haben in der NRW-Kulturpolitik – neben allen zu kritisierenden Punkten, gerade auch aufgrund einer gewissen Verzagtheit – sehr positive, sehr wichtige und auch sehr entscheidende Punkte gebracht: Dialog, Partizipation, Planung. Wir haben die Kulturförderung, um es kurz zu sagen, weiter demokratisiert. Das war ein großer Schritt. Im Kulturfördergesetz haben wir unsere Grundüberzeugungen niedergelegt. Ja, das hätte ruhig deutlich mehr Geld vertragen können.

Sie geben nun Geld, wir wissen nur noch nicht, wohin und vor allem nach welchen Vergabekriterien. Wir kennen eben noch nicht Ihre Haltung. Ist es Kultur für 5 % der Bevölkerung oder Kultur mit dem Anspruch für alle? Ist es ein einsames, feudales Gewähren von Mitteln, wie wir es bereits erlebt haben, oder ein gemeinsamer Prozess des Aushandelns?

Werden wir konkreter: Was sind beispielsweise die Kriterien des Theater- und Orchesterpaktes – die strukturellen finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen und eine faire, stetige Tarifentwicklung der Beschäftigten oder eine wie auch immer definierte Qualität der Häuser? Was entscheidet also hier über die Mittelvergabe?

Hier deutet sich übrigens ein weiteres, eng korrespondierendes Betätigungsfeld der Kulturpolitik an, nämlich die Kommunalpolitik oder ganz konkret: die Sicherung von verlässlichen und ausreichenden Finanzen in den die Kultureinrichtungen tragenden Kommunen – grundsätzlich natürlich in allen Kommunen, aber in den kulturtragenden eben ganz besonders.

Durch den Stärkungspakt haben wir den Kommunen überhaupt erst wieder die Möglichkeit zurückgegeben, für den Erhalt der kulturellen Institutionen zu kämpfen; vorher war es ganz dunkel am Ende des Tunnels. Leider ist die Gefahr noch nicht völlig gebannt. Daher bitten wir Sie, Frau Ministerin, eindringlich darum, auch die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen für die Kommunen immer mit im Auge zu behalten. Der Städtetag hat bereits im Hinblick auf das, was im Koalitionsvertrag in Richtung Kommunalfinanzen niedergelegt wurde, besorgt seine Stimme erhoben.

Gute Kommunalpolitik ist eben das Fundament guter Kulturpolitik – zumindest in Nordrhein-Westfalen. So haben wir das verstanden, und so haben wir es auch in den letzten Jahren sehr erfolgreich gehalten.

Einige weitere Punkte sind für uns allerdings auch von einem hohen Interesse. Auch hier konnten wir bisher noch nichts Konkretes erfahren.

Was passiert beispielsweise mit dem Kulturförderplan und mit dem Kulturförderbericht? Wie sieht es mit der Digitalisierung der Kulturbetriebe aus? Wie schaut es aus mit einem Pakt für Kultur und bei der Hilfe für die in ihrer Existenz bedrohten Einrichtungen? Wie schaffen wir eine Verbesserung der Wissenschaftlichkeit? Wie sieht eine neue Vereinbarung mit den destinären NRW-Stiftungen aus? Wie stellen wir weiterhin Gendergerechtigkeit, Inklusion und Integration im Kulturbetrieb sicher? Und wie sieht es mit einer fairen Künstlerinnen- und Künstlerförderung aus? – Alles das sind Fragen, denen wir uns in den nächsten Jahren sehr genau nähern müssen.

Wir warten, wie gesagt, noch geduldig, aber auch durchaus gespannt. Ich habe es bereits im Ausschuss gesagt – lassen Sie es mich hier noch einmal wiederholen –: NRW war, ist und bleibt ein starkes Land. NRW war, ist und bleibt ein starkes Kulturland. NRW hat in diesem Jahrtausend bereits einmal eine fünfjährige schwarz-gelbe Regierung verkraftet. Es waren nicht die schlechtesten Jahre für die Kultur. NRW wird auch die derzeitige schwarz-gelbe Regierung und ihre noch verbleibenden viereinhalb Jahre verkraften. Um sehr vieles ist mir dabei bang, um die Kultur bisher noch nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bialas. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege

Petelkau. Herr Petelkau, heute halten Sie als kulturpolitischer Sprecher Ihre erste Rede im Hohen Hause. Also: Toi, toi, toi!

Bernd Petelkau (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Es ist natürlich eine besondere Ehre, dass der Ausschussvorsitzende heute präsidiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist der erste Haushalt, zu dem ich hier im Parlament Stellung nehmen darf. Ich freue mich, dass ich gerade zu diesem Haushalt Stellung nehmen darf; denn es ist ein sehr guter Haushalt. Der vorliegende Etat unterstreicht klar den Willen der NRW-Koalition, die Kultur im Lande wieder sichtbar zu machen. Das ist das, wofür wir seit Jahren gekämpft haben, teilweise auch überparteilich.

Wir wollen, dass die Kultur in diesem Land den besonderen Stellenwert, den sie verdient, auch bekommt. Denn unsere Gesellschaft lebt nicht nur allein von Straßen, Infrastruktur, Breitband und Innovation, sondern sie braucht auch einen Kitt, der sie zusammenhält. Dazu gehört nicht nur die Kultur, aber die Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Kitts. Deshalb ist der NRW-Koalition dieser Punkt so wichtig.

Noch vor einem Jahr musste mein Amtsvorgänger Professor Thomas Sternberg – dem ich an dieser Stelle auch einmal für sein großartiges Engagement für die Kultur in diesem Lande danken möchte –

(Beifall von der CDU, der FDP und Andreas Bialas [SPD])

konstatieren, dass sich die rot-grüne Vorgängerregierung von einer gut gestalteten Kulturpolitik verabschiedet hat. Das ist jedoch nicht der Ansatz der NRW-Koalition. Wir wollen und werden Kultur in NRW wieder sichtbar machen.

Bereits der Koalitionsvertrag – mein Vorredner hat es schon erwähnt – setzt wichtige Eckpunkte, die wir jetzt sukzessive umsetzen werden. Der erste Umsetzungsschritt war die Schaffung eines Kulturministeriums verbunden mit einer ausgezeichneten Personalauswahl. Ich danke Herrn Ministerpräsidenten, dass er mit Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen eine über die Parteigrenzen hinweg anerkannte Kulturmanagerin gefunden hat, die den Kulturstandort NRW nicht nur kennt, sondern auch versteht.

Der Kollege von der SPD sprach es gerade schon an: Der zweite wichtige Schritt war im September der Antrag der NRW-Koalition, die kommunalen Theater und Orchester sowie – und das ist uns besonders wichtig – die Freie Szene in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Die NRW-Koalition hat damit ein klares Zeichen gesetzt, dass sie die Breite und Vielfalt der nordrhein-westfälischen Kulturlandschaft nicht nur

anerkennt, sondern sie nach den Jahren der Stagnation unter der Vorgängerregierung nun auch endlich wieder finanziell voranbringt.

Mit dem Anwachsen des Kulturetats um 20 Millionen € setzen wir jetzt das nächste Zeichen, nämlich dass bei der NRW-Koalition den Worten auch finanzielle Taten folgen. Das ist hier im Hause in den vergangenen Jahren nicht selbstverständlich gewesen.

Gerne hätten wir diese zugesetzten Mittel auch auf Einzelpositionen verteilt, doch leider zeigt der tiefere Blick in die Mittelvergabe der Vorjahre, dass es bisher an einem stringenten Förderkonzept gemangelt hat. Statt klaren, für jeden nachvollziehbaren Förderrichtlinien bzw. Förderprogrammen gibt es eine Vielzahl von Einzelförderungen, die den Eindruck hinterlassen, dass das Land in der Vergangenheit das Geld eher nach Gutsherrenart verteilt hat.

Damit muss jetzt Schluss sein, und deshalb arbeitet das Kulturministerium mit Hochdruck an einer neuen Förderungssystematik. Im engen Austausch mit den Kultureinrichtungen und dem Städtetag wird das Kulturministerium ein Stufenmodell für die Jahre 2018 bis 2020 erarbeiten. Dabei unterstützen wir das Kulturministerium natürlich sehr gerne und sehen auch einem Ergebnis im zweiten Quartal des Folgejahres sehr gerne entgegen.

Es ist selbstverständlich, dass wir neben der Breitenförderung auch eine Exzellenzförderung in diesem Land bekommen; denn genau diese Meilensteine benötigt das Land, und genau deshalb wollen wir auf dem Gebiet etwas tun.

Im Koalitionsvertrag haben wir mit dem Tanztheater Pina Bausch ein erstes Zeichen für ein Leuchtturmprojekt gesetzt. Weitere Bausteine werden folgen. Ich glaube, dass wir mit dieser Kombination aus Breitenförderung, um den wirklich einzigartigen Kulturstandort NRW wieder voranzubringen, und Leuchtturmprojekten unser gemeinsames Ziel, NRW als das Land der Kultur in Deutschland weiter zu positionieren, erreichen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Petelkau, und herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede zum Thema „Kultur“ im nordrhein-westfälischen Landtag. – Als nächster Redner spricht nun Herr Kollege Klocke für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin! Wir Grüne haben schon im Kultur- und Medienausschuss intensiv über den Etatansatz debattiert. Darin ist vieles, das wir unterstützen können. Es ist vor al-

len Dingen vorgesehen, dass die guten und relevanten Projekte aus der rot-grünen Zeit fortgeführt und die Mittel dafür aufgestockt werden.

Sie haben jetzt viele neue Mittelansätze vorgesehen. Es werden auch neue Projekte gefördert. Ich denke, man wird im Laufe des nächsten Jahres schauen müssen, wie sich Projekte entwickeln, wie sie evaluiert werden können, ob sich der jeweilige Ansatz lohnt, ob man Veränderungen vornimmt etc.

Aber erst einmal beglückwünsche ich Sie grundsätzlich zu dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Wir Grüne haben immer gesagt: Wir sind eine konstruktive Opposition. Wir können Dinge unterstützen, die aus unserer Sicht in die richtige Richtung gehen. Beim Gesamthaushalt ist das nicht der Fall. Beim Kulturetat im Besonderen ist es aber der Fall. Deswegen können wir dem Einzeletat auch zustimmen.

Sie fördern Kultur in der Breite, Sie fördern spezielle Projekte, und Sie fördern vor allen Dingen auch die Freie Szene. Das gefällt uns Grünen besonders. Sie haben für die nächsten fünf Jahre fast eine Verdoppelung des Ansatzes vorgesehen. Das findet von unserer Seite Unterstützung. Daher stimmen wir jedenfalls dem Einzeletat für Kultur zu.

Wir werden das intensiv, sorgfältig und selbstverständlich auch kritisch begleiten. Aber wenn in diesem Land eine fruchtbare, sinnvolle und gute Kulturpolitik gemacht wird, die auch ein Indikator für eine gute gesellschaftliche Entwicklung ist, dann können wir das unterstützen. Deswegen kommt von der grünen Seite in diesem Fall einmal keine ausführliche Kritik, sondern Zustimmung. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Nun begrüßen wir am Pult für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Deutsch. Herr Kollege Deutsch spricht zum ersten Mal im Hohen Hause, auch in der Funktion als kulturpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Herzlich willkommen am Pult! Sie haben das Wort und toi, toi, toi!

Lorenz Deutsch (FDP): Man merkt, für die Kultur sind Premieren das Schönste.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herrlich.

Lorenz Deutsch (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Unsere NRW-Koalition hat sich für dieses Land etwas vorgenommen. Als Kulturpolitiker freut es mich natürlich, dass man das gerade an dem vorliegenden Kulturetat ganz besonders gut se-

hen kann. Mit 223 Millionen € ist er stark angewachsen und markiert einen Höchststand in diesem Feld. Das Beste daran ist: Es ist nur ein Zwischenstand. Wir haben versprochen, dass wir den Kulturetats im Laufe der Legislaturperiode um 50 % erhöhen werden. Das ist ein klares Ziel.

Die NRW-Koalition hält Wort. In diesem Jahr machen wir den ersten Schritt und stellen in die „Stärkungsinitiative Kultur“ 20 Millionen € zusätzlich ein. Das geschieht zunächst pauschal. Durch dieses zugegebenermaßen ungewöhnliche Verfahren haben das Ministerium und seine Fachabteilungen jetzt die Zeit und auch die strukturelle Offenheit, möglichst sachgerechte Vorschläge für die Verwendung der zusätzlichen Mittel zu machen. Herr Petelkau hat schon gesagt, dass das auch ein grundsätzlicher Neuaufschlag ist, und der braucht einen vernünftigen Zeitrahmen.

Einen ersten Schwerpunkt hat die Koalition aber schon gesetzt: Es geht um einen angemessenen Anteil des Landes an der Finanzierung der kommunalen Theater und Orchester sowie der Freien Szene. Hier gilt es, den schleichenden Rückzug des Landes, der in den letzten Jahren aufgrund nicht ausgeglichener Tarifsteigerungen und Inflationsbelastungen eingetreten ist, zu stoppen und umzudrehen.

(Beifall von der FDP)

Wir werden das nicht mit der Gießkanne tun, sondern es wird im Gespräch mit den Beteiligten eine Evaluation der Bedarfe in sehr unterschiedlich gewachsenen Situationen geben. Ein solch systematischer Anlauf braucht Zeit, und diese wollen wir uns nehmen.

Wir müssen uns diese Zeit auch nehmen; denn vorbereitet ist eine solche systematische Steigerung der Förderung leider überhaupt nicht. Für das Ministerium ist das nach sieben Jahren Rot-Grün eine völlig neue Herausforderung. Die Vorgängerregierung hat zwar mit dem Kulturfördergesetz, dem Kulturförderplan und den dazugehörigen Berichten viel theoretischen – auch guten – Aufwand und auch bürokratische Erfassung betrieben, nur das Fördern ist dabei leider etwas zu kurz gekommen. Nun werden endlich Gesetz, Plan und Berichte mit dem Leben gefüllt, das unser Kulturland tatsächlich verdient hat.

Um diesem Ziel den nötigen Nachdruck zu verleihen, ist die Kulturpolitik auch im Ressortzuschnitt der neuen Landesregierung aufgewertet worden. Statt Kultur als Anhängsel in einem sehr gemischten Haus gibt es nun ein Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Mit der ausgewiesenen Fachfrau für Kultur, Isabel Pfeiffer-Poensgen, ist das Thema auch durch die Person glaubhaft vertreten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Neben Finanzen und Personen sind aber auch die Strukturen wichtig, in denen sich Künstlerinnen und Künstler bewegen. Die FDP will sich insbesondere

die Bürokratie von der Antragstellung bis zu den Verwendungsnachweisen noch einmal kritisch anschauen.

Vereinheitlichte Standards und Digitalisierung bieten hier sicherlich noch viele Spielräume, die wir nutzen wollen. Vereinfachung ist das Ziel. Künstlerinnen und Künstler sollen sich um ihre Kunst kümmern können und keine allmähliche Verwandlung in Buchhalter und Betriebswirte erfahren – bei aller Wertschätzung für diese Berufsstände.

Wichtig ist insgesamt, dass wir zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren der Kulturszene kommen. Man kann hier im Haus bereits hören, dass wir in Sachen Kultur in der richtigen Richtung unterwegs sind. Die sogenannte Hochkultur und die Freie Szene dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sie machen gerade in ihrem Nebeneinander und immer öfter auch in ihrem Miteinander den besonderen Reiz, den Reichtum und die Attraktivität des Kulturstandorts NRW aus.

Die Kulturszene in Deutschland soll NRW in den nächsten Jahren wieder als attraktiven Standort wahrnehmen, wo neue Dinge möglich sind und passieren, wo es interessant ist, zu arbeiten und zu produzieren.

Daran wollen wir arbeiten, und mit diesem Haushalt fangen wir damit an.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Deutsch. Meinen Glückwunsch zur ersten Rede hier im Hohen Hause. – Für die AfD-Fraktion rufe ich Frau Walger-Demolsky auf.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Aufgrund der historischen Entwicklung wird die Kultur im Land NRW insbesondere von den Kommunen getragen. Entsprechend zahm ist auch der gesamte Landeshaushalt.

Das hat in den reichen Jahren zu wenig Koordination und zu Kirchturmdenken geführt. Insbesondere die Städte an Rhein und Ruhr bieten eine Vielfalt, aber eben auch eine hohe Redundanz an kulturellen Einrichtungen an, insbesondere im Bereich Theater und Orchester.

Weil sich die wirtschaftlichen Entwicklungen der Regionen stark unterscheiden, wird es jetzt – besonders seit dem Beginn der Flüchtlingskrise – in manchen Kommunen sehr eng. Eine Bereitschaft, das Angebot zu koordinieren, ist aber nach wie vor nicht gegeben.

Schon heute werden die kommunalen Theater und Orchester mit fast 21 Millionen € vom Land subventioniert. Demnächst sollen nach dem Willen der Landesregierung weitere 20 Millionen € hinzukommen. Bis heute sind aber weder ein Verteilungsplan noch Verteilungskriterien bekannt.

Es stimmt: Theater und Orchester haben es nicht leicht. Nicht nur die Gehälter, sondern insbesondere die hohen Energiekosten bedrücken die Einrichtungen. Herzlichen Dank der alten, aber auch der neuen Landesregierung für die Energiepolitik. Die Häuser sind zum Teil auch noch denkmalgeschützt und können ihre energetische Situation kaum verbessern.

Es gibt aber auch eine andere Seite. Eine Bereitschaft der Kommunen, die Preise für Theater- oder Orchesterkarten auf das Niveau einer Sitzplatzkarte eines Zweitligisten anzuheben, ist nicht gegeben. In vielen Ratssitzungen werden solche Vorschläge seit Jahren abgelehnt. Ebenso wird in den Räten die Vergabe von verbilligten oder kostenlosen Steuerkarten für Politiker generell abgelehnt. Auch darüber muss man einmal offen sprechen, wenn es um institutionelle Einrichtungen geht, die mit zusätzlichen 20 Millionen € gefördert werden sollen. Wir hätten uns eine Stärkung mit Augenmaß gewünscht, nicht eine Verdopplung der Förderung – noch dazu ohne nachvollziehbare Kriterien.

Wir hätten uns auch gewünscht, dass die Landesregierung nicht nur medienwirksam Einrichtungen fördert, sondern zum Beispiel auch den Städten beim Erhalt und beim Ausbau ihrer Büchereien hilft. Hier herrscht ein richtiger Notstand. Insbesondere Städte wie Bochum, die bis zur Genehmigung der Haushalte im Frühsommer unter HSK stehen, können nicht ein einziges Buch anschaffen. So geht zwangsläufig die Attraktivität verloren. Aber wen interessiert das schon? Wir, die hier sitzen, können uns ja jedes Buch einfach kaufen.

Im Bereich der politischen Bildung sehen wir ein deutliches Ungleichgewicht, insbesondere zwischen Maßnahmen zur Prävention gegen Salafismus sowie Rechts- und Linksextremismus. Dabei erfährt die Prävention gegen Linksextremismus ihre geringe Bedeutung allein schon durch ihre Nichtnennung im Haushaltsplan – auch wenn sie da ja irgendwie enthalten sein soll. Weil das nicht nachvollziehbar ist, hatten wir eine klare Trennung in zwei Positionen beantragt.

Auch die Beratungsleistungen den verfassungsfeindlichen Salafismus betreffend scheinen uns viel zu kurz zu kommen; denn wir haben doch gerade in den letzten Tagen wieder lesen können, wie sehr Eltern sich von staatlichen Stellen alleingelassen fühlen, wenn ihre Kinder – auch immer mehr junge Mädchen – in die Hände von Hasspredigern geraten. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem Ziel, nicht nur die Wissenschaft, sondern auch in besonderer Weise die Kultur in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken und sichtbar zu machen, ist das Ministerium für Kultur und Wissenschaft im Zuge der Umressortierungen neu aufgestellt worden. Diese Kombination von Kultur und Wissenschaft schafft bereits jetzt neue Berührungspunkte, beispielsweise bei der Digitalisierung, bei Forschungsthemen oder auch bei europäischen und internationalen Vorhaben. Wir stehen erst am Anfang dieser stärkeren Verzahnung der unterschiedlichen Arbeitsbereiche.

Für den Einzelplan 06 haben sich durch die Umressortierung Änderungen ergeben. Mit Kultur, Weiterbildung und politischer Bildung sind neue Haushaltskapitel in den Einzelplan überführt worden. Im Folgenden geht es zunächst um Schwerpunkte im Bereich der Kultur.

Hier werden Sie – das haben wir vorhin schon gehört – Steigerungen im Ansatz für die Kulturförderung und beim Landesarchiv feststellen. Die Kultur in Nordrhein-Westfalen soll gestärkt werden und einen wichtigen Stellenwert in der Politik des Landes einnehmen. Deshalb wird die Landesregierung den Kulturhaushalt bis 2022 um insgesamt 50 % gegenüber dem aktuellen Stand anheben. Das bedeutet eine jährliche Steigerung von 20 Millionen €.

Die Veranschlagung erfolgt in diesem Jahr in der neuen Titelgruppe „Stärkungsinitiative Kultur“. Ich bin sehr dankbar, dass auf allen Seiten – beim Finanzminister und auch im Ausschuss – die Bereitschaft bestand, die Konstruktion „Stärkungsinitiative Kultur“ anzunehmen. Wir wollten in der Tat – und ich persönlich ganz besonders – nicht per Gießkannenprinzip alles über die einzelnen Ansätze streuen, sondern werden Ihnen im Laufe des Jahres sehr gezielt Vorschläge machen.

Der erste Vorschlag – es wurde eben genannt – ist schon in Vorbereitung, nämlich die Stärkung der kommunalen Theater- und Orchesterförderung. Das klingt einfach, ist aber ziemlich komplex. Wir sind schon sehr weit fortgeschritten und werden im Januar und Februar zunächst mit den Akteuren aus den Bereichen Theater und Orchester sowie mit dem Städtetag Gespräche führen und Ihnen dann einen Vorschlag vorlegen.

Bereits jetzt haben wir einen Gesamthaushalt von 223,5 Millionen € veranschlagt. Das sind 10,5 % mehr als im Vorjahr.

In einem engen Austausch mit den Kultureinrichtungen generell und auch mit dem Städtetag – die besondere Betroffenheit der Kommunen klang hier schon an – werden wir die verschiedenen Vorschläge ausarbeiten, zunächst das Stufenmodell für die Theater und Orchester für die Jahre 2018 bis 2022.

Zu den weiteren Themen, die unmittelbar darauf bearbeitet und konkretisiert werden, zählen die Finanzierung der Freien Szene, dann die Landesensembles – Sie wissen, wir haben vier Landestheater und auch Landesorchester –, die Museen für Bildende Kunst – 28 an der Zahl in Nordrhein-Westfalen, mit denen es schon erste Gespräche gab – und selbstverständlich die Bibliotheken, so wie es im Koalitionsvertrag angekündigt ist.

Das Thema „Digitalisierung“ wird in allen Bereichen der Kultur bearbeitet werden. Dazu gehören unter anderem die Digitalisierung des kulturellen Erbes, die Digitalisierung in den Künsten, in der Medienkunst, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, und – wie erwähnt – die Digitalisierung der Bibliotheken. Diese Aspekte werden wir zukünftig verstärkt in die Förderprogramme einbeziehen.

Die Erhöhung des Kulturretats um insgesamt 100 Millionen € bis 2022 ist ein starkes Signal für die Kultur in Nordrhein-Westfalen. Den gewonnenen Spielraum wollen wir nutzen, um die materielle Basis der kommunalen Kulturinstitutionen deutlich zu verbessern.

In der Tat wurde zutreffend darauf hingewiesen, dass die Kommunen die Träger fast aller wichtigen Kultureinrichtungen sind. Wir müssen mit den Kommunen einen Weg finden, wie wir die materielle Basis deutlich verbessern können, und ihnen ein Arbeiten auf einem sehr guten Niveau verlässlich ermöglichen.

Außerdem soll die Kultur im öffentlichen Raum durch Kunst am Bau, aber auch durch die gezielte Förderung von Kulturbauten wieder sichtbar werden. Schließlich wollen wir unser kulturelles Erbe und die Arbeit von herausragenden Künstlerinnen und Künstlern bewahren und für alle zugänglich machen.

Wir werden uns sehr intensiv mit den verschiedenen Angeboten der kulturellen Bildung befassen und diese selbstverständlich weiterentwickeln. Wir möchten Impulse geben, damit sich Kunst und Kultur in ihrer ganzen Breite auch in der Fläche entfalten können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen zu dem Abschnitt a) Kultur liegen mir nicht vor.

Ich rufe dann auf den

b) Wissenschaft

Für die SPD-Fraktion tritt nun an das Pult und äußert sich im Namen seiner Fraktion dazu Herr Kollege Bell.

Dietmar Bell (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Leider kann ich die positive Tonalität, die mein Kollege Bialas aus Wuppertal für den Kulturbereich angesprochen hat, in der Form für den Wissenschaftsetat nicht teilen. Dieser Etat ist aus unserer Sicht zu wenig ambitioniert, um die hier am Pult vom Ministerpräsidenten abgegebenen Versprechungen einzuhalten.

Sie alle werden sich erinnern, dass Herr Ministerpräsident Laschet hier gesagt hat – ich zitiere –:

„Wir müssen auch für bessere Studienbedingungen an unseren Hochschulen sorgen. Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen langfristig nicht nur über die höchste Dichte an Hochschulen verfügt, sondern auch über eine der höchsten Dichten an Professuren in Deutschland.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt für Wissenschaft und Forschung sinkt um rund 116 Millionen €. Begründet wird dies mit dem Rückgang der Mittel für den Hochschulpakt. – So weit, so gut.

Ich möchte aber sehr deutlich zum Ausdruck bringen: Wenn Sie die ambitionierten Ziele einhalten wollen, die von diesem Pult aus versprochen worden sind, nämlich die Betreuungsrelation an den Hochschulen zu verbessern, dann hätten Sie zu einer Verstärkung der Mittel kommen müssen, um die Versprechen auch wahrzumachen. Damit enttäuschen Sie diejenigen, die Ihnen geglaubt haben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich möchte einen zweiten Punkt benennen, den der Ministerpräsident von hier aus angesprochen hat. Er hat gesagt, dass er mit zusätzlichen Investitionen den Erhalt und die Modernisierung der Bausubstanz an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sicherstellen will.

Auch von diesen zusätzlichen Mitteln findet sich im jetzigen Haushalt nichts. Wir sind gespannt, ob wir hier in der Perspektive der nächsten Jahre zu einem deutlichen Mittelaufwuchs kommen werden. Denn nichts anderes bedeutet das Versprechen, das Ministerpräsident Laschet den Hochschulen und den Studierenden gegeben hat. Wir werden das sehr aufmerksam verfolgen.

Enttäuschend sind auch die Versprechen in Richtung der Studierendenwerke. Im Koalitionsvertrag ist formuliert, dass die Frage der auskömmlichen und gu-

ten Finanzierung zur Herstellung guter Studienbedingungen von ihm zum Maßstab der Finanzierung der Studierendenwerke gemacht wird.

Der allgemeine Zuschuss für die Studierendenwerke wird nicht erhöht. Das erinnert doch sehr stark an die Zeit zwischen 2005 und 2010, in der der Zuschuss für die Studierendenwerke abgesenkt worden ist. Wir haben die Zuschüsse in der Vergangenheit kontinuierlich erhöht. Davon findet sich in diesem Haushalt nichts.

Der Haushalt ist aus unserer Sicht enttäuschend, weil er viel zu wenig ambitioniert ist. Herr Dr. Berger hatte im Ausschuss zum letzten Haushalt ausgeführt, nach Auffassung der CDU werde in NRW grundsätzlich die falsche Philosophie in der Wissenschaftspolitik praktiziert. Dazu habe sich seine Fraktion bereits in den letzten Jahren geäußert, und dies werde auch Gegenstand des Wahlkampfes sein. So weit, so gut. Und dann: Die falsche Philosophie spiegele sich im Haushalt wider.

Ich frage mich allen Ernstes, wo sich die neue Philosophie in diesem Haushalt widerspiegelt. Ein bisschen mehr darf es für die Wissenschaft schon sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gesamtausgaben des Einzelplans 06 können sich auch im Jahr 2018 wieder sehen lassen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wieder? Wo denn?)

Das Volumen beträgt insgesamt rund 8,6 Milliarden €.

(Zuruf)

– Ich komme gleich dazu. – Der Haushalt ist damit der zweitgrößte Einzelplan aller Ressorts der Landespolitik. Er ist – und das schmerzt mich in der Tat persönlich – nicht der historisch höchste; darauf haben Sie hingewiesen. Allerdings beruht das im Wesentlichen auf dem planmäßigen Rückgang der Mittel für den Hochschulpakt in Höhe von ca. 200 Millionen €. Bereinigt um diesen Effekt des Hochschulpakts, steigen jedoch die Ausgaben im Einzelplan 06 um 297 Millionen € gegenüber dem Vorjahr. Das entspricht einer Steigerung von 3,6 %. Das ist schon eine gewaltige Kraftanstrengung, um Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Für Wissenschaft und Forschung kann man grundsätzlich nie genug ausgeben. Leider haben wir nach der Regierungsübernahme feststellen müssen, dass auch die Kassen im Wissenschaftsministerium leider nicht so gefüllt waren, wie wir uns das gewünscht hätten. Deshalb müssen wir uns in den nächsten Jahren Schritt für Schritt wieder finanzpolitische Spielräume zurückerkämpfen, und die schwarze Null in diesem Haushalt ist ein erster Schritt, um zukünftig weniger in die Verschuldung und mehr in die Wissenschaft zu investieren.

(Zuruf: Sehr staatsmännisch!)

Betrachtet man den Gesamtetat für die Hochschulen, so veranschlagen wir dort 5,12 Millionen € für Wissenschaft, 667 Millionen € für Forschung und 645 Millionen € für die Förderung von Studierenden.

Wir berücksichtigen die Preissteigerungen in den wesentlichen Bereichen und geben dafür 20 Millionen € zusätzlich. Wir berücksichtigen im Gegensatz zu Ihnen auch Tarifsteigerungen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte. Dafür wenden wir in diesem Haushalt endlich die nötigen 22 Millionen € mehr auf.

Wir erweitern die Ausgaben für Kunst- und Musikhochschulen, die bisher nicht über die Grundfinanzierung der Hochschulen finanziert worden sind, und wir fördern wissenschaftliche Serviceeinrichtungen mit 80 Millionen €.

Wir setzen einen Schwerpunkt in der außeruniversitären Forschungsförderung mit 370 Millionen €, und wir fördern die Forschung an den Hochschulen mit 270 Millionen €.

Zudem unterstützen wir die Hochschulen beim Stemmen der Lasten für die Bewirtschaftungskosten – ein Thema, dem Sie sich in den letzten sieben Jahren in keiner Weise verantwortungsvoll gestellt haben.

(Karl Schultheis [SPD]: Jedes Jahr! – Zuruf von der SPD: Kompletter Unsinn!)

Dieses Thema haben Sie jahrelang ignoriert, und deshalb heben wir jetzt die Globalhaushalte der Hochschulen im Vergleich zum Vorjahr um 180 Millionen € auf 3,8 Milliarden € an.

Wir alle wissen, dass in den nächsten Jahren die Studienanfängerzahlen hoch bleiben werden und für die Steigerung der Studienplätze die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden müssen. Um diesem Trend modern begegnen zu können, braucht unsere Hochschul- und Forschungslandschaft eine deutliche Weiterentwicklung der Infrastruktur der Lehre und der Forschung. Deshalb setzen wir einen Forschungsschwerpunkt im Bereich Digitalisierung und lebenslanges Lernen an der Fernuni Hagen.

Auch das Thema „Medizin, Ärztemangel und Gesundheitsversorgung“ vor allen Dingen in den ländlichen Gebieten ist uns ein Anliegen. Nicht erst seit der

gestrigen Entscheidung über den Numerus Clausus für Medizin wissen wir alle, dass wir mehr Ärzte und mehr Allgemeinmediziner benötigen. Im Bereich der Hochschulmedizin wenden wir 1,2 Milliarden € auf. Unser klares Ziel ist die Steigerung der Medizinerabsolventenzahl.

Deswegen verfolgen wir – übrigens im Gegensatz zu Ihnen – nachdrücklich den Aufbau einer Medizinischen Fakultät Ostwestfalen-Lippe. Dafür setzen wir zunächst 4,5 Millionen € ein. Zudem ermöglichen wir den Modellversuch „Medizin neu denken“ in Siegen und Bonn und schaffen zusätzliche Studienplätze in Witten/Herdecke.

In der Wissenschaft ist Geld viel, aber nicht alles. Hinzu kommen noch das Umfeld, in dem sich Wissenschaftler bewegen, in dem sie forschen, und die Anforderungen, denen sie sich in diesem Umfeld stellen müssen.

Für die CDU in Nordrhein-Westfalen ist klar: Wir wollen keine politisch motivierte Forschung. Wir entpolitisieren die Forschung, und deshalb beenden wir die sogenannte Forschungsstrategie Fortschritt NRW, die ein politisches Raster über die Forschung in Nordrhein-Westfalen werfen sollte.

Das Hochschulzukunftsgesetz Nordrhein-Westfalen atmet den Geist von politischem Zwang und Bevormundung. Die Debatten und die Vorgänge zu diesem skandalösen Hochschulgesetz haben Nordrhein-Westfalen bundesweit in ein schlechtes Licht gerückt.

(Karl Schultheis [SPD]: Fahren Sie mal nach Bayern!)

Deshalb werden wir im nächsten Jahr mit einer Debatte über mehr Freiheit und Autonomie an den nordrheinwestfälischen Hochschulen beginnen. Unsere Hochschulen haben es verdient, dass man ihnen vertraut. Die NRW-Koalition wird den Hochschulen die Freiheit zurückgeben. Zusammen mit dem Mittelaufwuchs werden mehr Freiheit und mehr Geld noch viel mehr Dynamik erzeugen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Für die grüne Fraktion hat Herr Kollege Bolte-Richter das Wort.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Mit dem vorliegenden Haushalt ist der schwarz-gelben Landesregierung tatsächlich ein Kunststück gelungen. In einem Haushaltsjahr, Frau Ministerin, in dem sich eigentlich kein Kabinettsmitglied vor dem Füllhorn des Finanzministers retten konnte, sinkt der Wissen-

schaftsetat. Es mag dieses Jahr auch den Veränderungen der Bundesmittel beim Hochschulpakt geschuldet sein; aber es ist auch eine politische Linie, die sich durchzieht.

In der Aussprache zur kleinen Regierungserklärung hat die Ministerin bereits gesagt: In dieser Legislaturperiode gibt es zwei Bereiche, bei denen die Mittel erhöht werden: das Medizinerprogramm – dazu komme ich später noch – und die Ausländerstudiengebühren.

Selbst die Bauprojekte – ich komme aus Bielefeld mit einem der größten Hochschulbauprojekte in Europa – sollen unter Haushaltsvorbehalt stehen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

So wird das nichts mit weltbesten Bildung. Und es sieht auch nicht so aus, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, als ob Sie das ernsthaft ändern wollten. Beim Finanzminister kamen heute Morgen weder Wissenschaft noch Hochschulen vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen erheblichen Mittelaufwuchs gibt es über alle Häuser, auch im MKW im Bereich Personal, Ministerbüro und Gutachterkosten. Kollegin Düker hat heute Morgen schon darauf hingewiesen, was wohl zu schwarz-gelben Oppositionszeiten passiert wäre, was Sie für ein Empörungsf Feuerwerk abgebrannt hätten, wenn das bei uns passiert wäre.

Ich frage Sie, Frau Ministerin: Wofür brauchen Sie 420.000 € zusätzlich für Gutachten? Könnte das vielleicht mit allerlei halbgenen Vorhaben zu tun haben, die die Landesregierung plant, insbesondere mit Blick auf das Hochschulgesetz?

Wir haben vor wenigen Wochen ein Urteil aus Baden-Württemberg zur Anwesenheitspflicht gesehen. Dieses Urteil stützt unsere Argumentation, die wir in den letzten Monaten immer vertreten haben: Was man studiert, wie man ein Fach studiert, wie man eine akademische Qualifikation erwirbt, unterfällt der grundgesetzlich geschützten Studierfreiheit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Körner?

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Von Herrn Körner? – Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Moritz Körner (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass der Anstieg bei den Mitteln für Sachverständige und Gutachten vor allem auf die geplante Begutachtung der gesamten Hochschulmedizin Nordrhein-Westfalens

durch den Wissenschaftsrat zurückgeht und dass das ganz klar schon so im Ausschuss begründet worden ist?

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Wir haben das als eine mögliche Antwort im Ausschuss natürlich auch schon zur Kenntnis genommen. Wir nehmen durchaus zur Kenntnis, was im Ausschuss passiert.

(Heiterkeit von Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen)

Wenn man sich das ansieht, stellt man fest, dass es 420.000 € absolut sind. Man kann sich das auch prozentual anschauen.

Herr Kollege Körner, Sie haben ein bisschen die Gnade der späten Geburt, denn Sie sind später zu uns in den Landtag gekommen.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Es war Schwarz-Gelb eigentlich egal, ob Gutachterkosten begründet waren. Es war egal, ob wir mit guten Gründen externen Sachverstand ins Haus geholt haben. Es war immer die Ansage: Da müssen Sie kürzen. Das müssen Sie rausnehmen. Das müssen Sie aus den Häusern erwirtschaften.

Lieber Kollege, das ist mein Punkt: Sie machen genau das, was Sie uns immer vorgeworfen haben – Sie persönlich nicht, Sie sind später erst dazu gekommen, aber Ihre Kolleginnen und Kollegen. Fragen Sie mal Herrn Dr. Berger. Fragen Sie mal bei Ihrer Fraktion den Kollegen Witzel, was da in den letzten Jahren los war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach diesem kurzen Exkurs möchte ich gerne in meinen Punkten fortfahren. Sie wollen gerne Freiheit – wir haben es gerade wieder von Herrn Kollegen Dr. Berger gehört –: Freiheit an den Hochschulen, Freiheit für alle, Freiheit für Rüstungsforschung, Freiheit für weniger Mitbestimmung, Freiheit für Rektorate, Freiheit für Hochschulräte. – Wo ist die Freiheit für Studierende? Das war gerade mein Punkt. Die kommt auf Ihrer Agenda nicht vor.

Dass Sie Ihren Unwillen, in die Hochschulen zu investieren, jetzt mit Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer zu kaschieren versuchen, setzt diesem faulen politischen Kompromiss, den Sie eingegangen sind, noch die Krone auf.

Studiengebühren – Frau Ministerin, weil bald Weihnachten ist, sage ich jetzt einmal für Sie „Studienbeiträge“ –, egal, wie man sie nennt, sind ungerecht. Es ist egal, zu welchem Zeitpunkt, und es ist egal, für wen – Studiengebühren sind ungerecht. Meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, Sie werden im nächsten Jahr mit entschiedenem Widerstand von uns Grünen rechnen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben bei diesen Studiengebühren – das wissen Sie auch – keine gesellschaftlichen Mehrheiten hinter sich. Die Hochschulleitungen sind dagegen – da haben wir genug Statements –, die Senate von renommierten Universitäten sind dagegen, Studierendenvertreter sind natürlich dagegen, die Verbände sind dagegen. Die Praxis gibt all denen, die gegen die Ausländermaut auf dem Campus sind, recht: Die Einschreibungen in Baden-Württemberg sind in diesem Bereich deutlich gesunken.

Sie schaffen mit Studiengebühren und Anwesenheitslisten zwei Bürokratiemonster, wie man sie krasser kaum schaffen könnte. Schon allein deshalb wollen wir Ihrem Haushalt nicht zustimmen, wollen wir Ihre politische Linie nicht mittragen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Kommen wir zu Ihrer zweiten Baustelle, zur Medizinerausbildung. Das Ziel eint uns natürlich. Auch wir wollen den Mangel an allgemeinmedizinischer Versorgung in den ländlichen Räumen bekämpfen. Ich komme aus Ostwestfalen. Da ist das ein riesengroßes Thema, ein Zukunftsthema für viele Dörfer und für viele kleine Städte. Über die unterschiedlichen Modelle auf diesem Weg gab es in den letzten Jahren immer wieder Auseinandersetzungen. Aber weil wir uns in diesem Ziel einig sind, haben Sie unsere Unterstützung für den Aufbau einer Medizinischen Fakultät OWL.

Aber – ich bin mir nicht sicher, ob wir da noch beieinander sind – wir wollen, dass dieses Projekt tatsächlich gelingt. Ich habe großes Vertrauen, dass die Universität Bielefeld ihrer Rolle in diesem Prozess gerecht wird und dass sie gemeinsam mit regionalen Partnern ihren Beitrag zu diesem Gelingen leisten wird. Aber das klappt eben nicht einfach so. Darum darf die Landesregierung da nicht die Hände wie bisher in den Schoß legen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer erfolgreiche Medizinerausbildung in OWL will, muss sie auskömmlich finanzieren. Die 4,5 Millionen €, die Sie jetzt eingestellt haben, reichen vielleicht für 2018. Aber dann müssen Sie nicht nur die Lippen spitzen, sondern dann müssen Sie auch tatsächlich pfeifen.

Sie haben noch nicht einmal eine Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre ausgebracht. Frau Ministerin, Sie haben zwar im Ausschuss angekündigt, dass die Summe irgendwann einmal auf 45 Millionen € aufwachsen soll. Aber allein von dieser Ankündigung kann man sich bei uns in der Region noch nichts kaufen. Sie müssen etwas Konzeptionelles liefern. Sie müssen das Projekt auskömmlich finanzieren, und Sie müssen erklären, wie das Projekt tatsächlich für die ganze Region funktionieren soll.

(Karl Schultheis [SPD]: Und wann!)

Sie müssen vor allem erklären, wie die vorhandenen Strukturen, die sich bei uns in der Region großer Beliebtheit erfreuen, in das neue Projekt eingebracht werden sollen. Denn diese Strukturen sollten Sie nicht kaputt machen. Sie sind erfolgreich. Sie sind bestens nachgefragt. Wenn Sie diese nicht integrieren, verlieren wir wertvolle Zeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Letzter größerer Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Herr Dr. Berger, Sie haben gerade schon „Fortschritt NRW“ angesprochen. Sie haben das immer als ideologisch bekämpft.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Genau!)

Sie wollten das immer kaputt machen. Aber es wird wohl Ihr ewiges Rätsel bleiben, warum Forschungskollegs ideologisch sind, die sich Themen widmen wie – ich habe drei Titel herausgesucht –: „Gestaltung von flexiblen Arbeitswelten. Menschenzentrierte Nutzung von Cyber-Physical Systems in Industrie 4.0“ von den Universitäten Paderborn und Bielefeld, „Energieeffizienz im Quartier – clever versorgen.umbauen.aktivieren“, von den Universitäten Dortmund, Duisburg-Essen und Bochum mit dem Wuppertal Institut und der Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH oder drittens „SecHuman. Schöne neue Welt – Sicherheit für Menschen im Cyberspace“ von den Universitäten Bochum und Dortmund sowie weiteren Partnern. Diese Themen sind doch nicht ideologisch. Das sind doch die Themen unserer Zeit.

(Zustimmung von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir wollen „Fortschritt NRW“ deshalb in seiner bisherigen Form erhalten, denn das ist ein gutes Programm.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Zum Abschluss, meine Damen und Herren: Ich habe jetzt bewusst an dieser Stelle darauf verzichtet, dem Kollegen Dr. Berger seine Ankündigungen aus den letzten sieben Jahren vorzuhalten.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Monika Düker [GRÜNE]: Du hast noch fünf Minuten!)

Das haben wir im Ausschuss schon gemacht, und Sie haben das, Herr Kollege, mit hochrotem Kopf und verlegenem Lächeln zur Kenntnis genommen und ertragen. Jeder, der Ihre Reden aus den letzten sieben Jahren aber nachliest, weiß, dass nichts von alledem von dieser Landesregierung umgesetzt wird. Stattdessen: weniger Freiheit für Studierende, mehr Bürokratie für die Hochschulen, keine Zukunft mit Schwarz-Gelb. – Wir lehnen Ihren Haushalt ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bolte-Richter. – Es spricht nun für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident! – Lieber Herr Kollege Bolte-Richter, eine kurze Anmerkung zu Ihrem Debattenbeitrag zum Thema „Studienbeiträge für Bildungsausländer“: Ich finde immer wieder bemerkenswert, dass eine grüne Wissenschaftsministerin das in Baden-Württemberg eingeführt hat und Sie das hier als Teufelszeug bezeichnen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wollen wir einmal die Erfahrungen zur Kenntnis nehmen? – Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Abgesehen davon, dass das nicht Gegenstand des Haushaltes 2018 ist,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir gucken auf die Erfahrung!)

ist das eine besondere Chuzpe, die man auch erst einmal aufbringen muss.

(Beifall von der FDP – Zurufe von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch die Neuordnung der Landesregierung sind Teile aus dem Etat 06 verschoben worden, aber auch in Teilen verschwunden. Insbesondere für „Fortschritt NRW“ – das wurde schon genannt – ist es begrüßenswert,

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh je! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

dass ein Programm mit ideologisch motivierten Vorgaben nicht mehr im Einzelplan des Wissenschaftsministeriums angesiedelt ist. Auch Minister Pinkwart hat im entsprechenden Ausschuss klargestellt,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

dass in seinem Einzelplan diese ideologischen Forschungsvorgaben keine Perspektive haben,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

und wir werden das in angemessener Weise parlamentarisch unterstützen.

Die Vergleichbarkeit ist angesichts der Neuressortierung sicherlich schwierig, aber wir begrüßen, dass, bereinigt um den Hochschulpakt, der ja verabredungsgemäß absinkt,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD]: Wir wollten das doch!)

die Ausgaben für Hochschulen und Forschung leicht steigen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre,

denke ich, von der mathematischen Einsichts- und Verständnisfähigkeit,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD]: Aber wir wollten das doch!)

die ich Ihnen unterstelle, ein Punkt, der einfach anzuerkennen ist.

Deutlich wird zugleich auch die Herausforderung, gemeinsam mit den Hochschulen und dem Bund weiterzuentwickeln, dass unsere Hochschulen eine verlässliche Finanzierung für bessere Lehr- und Studienbedingungen bei Entlastung von bürokratischem Aufwand erhalten. Herr Kollege Bell – Sie haben gerade schon darauf hingewiesen –, ich lade Sie herzlich ein: Wirken Sie daran mit, in der Verabredung mit dem Bund, der uns alle irgendwo in unterschiedlichsten Konstellationen fordern wird,

(Karl Schultheis [SPD]: Ja, Herr Lindner ist leider ausgestiegen! – Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

im Laufe der Legislaturperiode gemeinsam deutliche Verbesserungen zu erreichen.

(Zurufe von der SPD)

Schwerpunktsetzungen des Wissenschaftsetats sind aber auch im Bereich „Bauen und Investieren an den Hochschulen“ sichtbar, insbesondere bei der Implementierung der Digitalisierung in Lehre und Forschung. Hierfür sieht der Etatentwurf immerhin 79 Millionen € vor. Frau Kollegin Kampmann hat heute Morgen in der Debatte zu einem anderen Einzelplan hier nachgefragt. Hier wird investiert.

Bei der Digitalisierung von Lehre und Forschung haben wir mit der Fernuniversität Hagen eine Universität, die uns lieb ist. Sie ist aber auch – ich sage das jetzt mit einem kleinen Augenzwinkern, weil wir diesbezüglich in der vergangenen Legislaturperiode eine partei- und fraktionsübergreifende Verständigung hatten – mit Blick auf die Finanzierung der Studienplätze für Studierende aus anderen Bundesländern eine auch teure Fernuniversität. Mit ihr haben wir eine ausgewiesene Kompetenz. Wir begrüßen es deshalb, dass zur Etablierung eines Forschungsschwerpunktes für Diversität, lebenslanges Lernen und Digitalisierung an der Fernuniversität Hagen im kommenden Jahr rund 1,5 Millionen € bereitgestellt werden sollen.

(Beifall von der FDP)

Unsere Hochschulen sind Partner unserer Gesellschaft, weil sie benötigte Qualifikationen ermöglichen. Ich bin deshalb sehr froh, dass mit dem Etatentwurf ein Beitrag zur Vermeidung oder zumindest zur Reduzierung eines absehbaren Ärztemangels geleistet werden soll, den wir gerne unterstützen. Wir brauchen mehr Ärztinnen und Ärzte, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten auf hohem Ni-

veau sicherzustellen, und zwar insbesondere außerhalb der städtischen Ballungsräume, weil dort die Herausforderungen am drängendsten sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben vielen anderen Maßnahmen, die dazu gehören, den Arztberuf attraktiver zu machen, brauchen wir auch mehr Absolventen eines medizinischen Studiums. Dazu wollen wir eine neue Medizinische Fakultät in OWL aufbauen, und dafür sind 4,5 Millionen € zur Verfügung gestellt worden. Herr Kollege Bolte-Richter, das sind 4,5 Millionen €, die zuzeiten von Rot-Grün eben nicht dafür bereitgestellt wurden.

Ich sage auch klar: Natürlich werden wir hier die jetzt schon in OWL in das Bochumer Modell eingebundenen Kliniken sinnvollerweise einbeziehen;

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

denn es macht keinen Sinn, letztlich eine klinische Ausbildung außerhalb der Region zu betreiben. Diese 4,5 Millionen € sind ein erster wichtiger Schritt, und auch eine Mittelstrecke beginnt irgendwann mit dem ersten Schritt, der mit diesem Landeshaushalt 2018 gesetzt ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Modellversuch „Medizin neu denken“ – eine Kooperation vor allem der Universitäten Siegen und Bonn – wird mit 1,3 Millionen € unterstützt, um auch hier einen schrittweisen Ausbau der Mediziner Ausbildung und einen Aufwuchs der Zahl der Medizinabsolventen zu fördern.

Wir wollen an Lösungen arbeiten und nicht nur Herausforderungen oder Probleme beschreiben. Die FDP-Fraktion begrüßt deswegen ausdrücklich, dass gemeinsam mit der Universität Witten/Herdecke, die im Übrigen Alternativen zur Medizinstudienplatzvergabe außerhalb des Numerus Clausus aufzeigt – wir werden uns damit noch an anderer Stelle befassen –, die dort bestehenden Strukturen ausgebaut werden sollen,

(Karl Schultheis [SPD])

um die Zahl der Studienplätze dort ab 2019 zu verdoppeln. Im kommenden Jahr sollen 3,8 Millionen € investiert werden, damit die Voraussetzungen geschaffen werden.

(Karl Schultheis [SPD]: Dann können Sie ja froh sein, dass wir die Hochschullandschaft gerettet haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Hochschul- und Forschungslandschaft benötigt dringend einen Schub zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Infrastruktur. Wir wollen beste Lehr-, Studien- und Forschungsbedingungen in unserem Bundesland und werden neben den haushalterischen Rahmenbedingungen in Kürze auch noch über die weiteren gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Stärkung

der Autonomie und Eigenverantwortung unserer Hochschulen diskutieren können.

Wir werden jedenfalls dem Wissenschaftskapitel im Einzelplan 06 gerne zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die AfD-Fraktion hat das Wort nun Herr Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Recht herzlichen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Stand und der Stellenwert von Wissenschaft und Forschung sind neben anderen Indikatoren der Ausweis eines Landes für das Niveau seiner Kultur und für seine geistige Verfasstheit. So scheint im Land NRW alles in leidlicher Ordnung zu sein, denn der Einzelplan 06 weist doch die zweithöchsten Finanzmittel auf, und es scheint alles in Ordnung zu sein. Das ist eine ordentliche Summe.

Aber die Quantität alleine macht es ja nicht. Man erkennt die Qualität des Hochschulwesens sehr gut daran, ob die Meinungsführer einer Gesellschaft und ihre geistigen Eliten den rationalen Zugriff auf die Wirklichkeit wählen, um Sachverhalte und Probleme anzugehen, sie zu analysieren und objektiv nachprüfbar und wirksame Lösungen zu finden, oder ob sie sich lieber mit den eigenen Vorstellungen von der Welt beschäftigen und Wissenschaft dann nur noch Handlanger des vorgeschriebenen Weltbildes zu sein hat.

Letzteres kennzeichnet das mittelalterliche Wissenschaftssystem, in dem die europäische Wissenschaft von theologischen Grundannahmen bestimmt wurde und sich im Grunde stets auf wissenschaftlich anerkannte Autoritäten stützte. Welche Widerstände Giordano Bruno und Galilei zu spüren bekamen, wenn sie wissenschaftliche Autoritäten wie Aristoteles infrage stellten, ist bekannt. Mit den gleichen Widerständen hatten die Verfechter der Evolutionstheorie im 19. Jahrhundert zu kämpfen und in einigen Ländern ja bis heute noch.

Wer jedoch glaubt, dass diese autoritätshörige Haltung völlig überwunden ist – Herr Dr. Berger, da muss ich Ihnen leider widersprechen –, muss nur in den Einzelplan 06 schauen, um wenigstens Überreste einer solchen Einstellung entdecken zu können.

Im Kapitel „Förderung der Gleichstellung“ werden 3,3 Millionen € veranschlagt, mit der auch die Genderforschung finanziert wird. So sehr man die Gleichstellung von Frauen und Männern in Staat, Gesellschaft, Studium und Beruf natürlich begrüßt – wer täte das nicht – und sie auch fördert, so wenig ist eine so immense Summe für diese Zwecke zu rechtfertigen,

zumal geschickterweise die Finanzierung eines „Netzwerkes Frauen und Geschlechterforschung“ sowie des „Landesprogramms für geschlechtergerechte Hochschulen“ darin enthalten, aber eben nicht getrennt ausgewiesen sind. Die Förderung von Genderforschung und die Finanzierung solcher Lehrstühle, die diesen Forschungsschwerpunkt betonen, ist durch nichts zu rechtfertigen.

(Beifall von der AfD)

Die Vorstellung vom Geschlecht als ausnahmslos kulturelles Konstrukt erfasst weder den Sachverhalt der Geschlechterprägung, noch trägt sie etwas zur Situationsanalyse bei. Sie transportiert dagegen Anweisungen und Aufforderungen zur sogenannten Destruktion, zur Sinnvernichtung ganz nach dem französischen Philosophen Jacques Derrida, dem Hohepriester der Postmoderne, dem neuen Aristoteles. In der Nachfolge von Judith Butler unterwerfen sich nun ihre Schwestern im Geiste völlig unkritisch seinem apodiktischen Verlangen nach Dekonstruktion, und der Steuerzahler soll solch einen schädlichen Unsinn finanzieren.

Wie weit der Unsinn geht – vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen Enkel –, kann man in England sehen, wo man die Sendung „Bob der Baumeister“ abgesetzt hat, weil sie angeblich gegen alles verstößt, was man so durch die Genderforschung als neue Erziehungsvorschriften entwickelt hat. Da fügen dann die 200.000 € für Diversity Management dem Steuerzahler auch keinen großen Schaden mehr zu. Herr Dr. Berger, hier hätten Sie wissen müssen, dass eben doch noch ein Stück Ideologie im Einzelplan steckt.

Genauso ideologiebehaftet ist die eine Million € im Kapitel 06 100 zu bewerten. Die Ausbildung der Lehrkräfte im Feld der Inklusion soll der Tatsache geschuldet sein, dass die Vorgängerregierung in einer unvorstellbaren Rücksichtslosigkeit hyperheterogene Lerngruppen geschaffen hat, die zieldifferent unterrichtet werden sollen. Doch wird keine noch so lange und intensive Ausbildung die Lehrkräfte in die Lage versetzen, solch hyperheterogene Lerngruppen effizient und menschenfreundlich zu unterrichten.

Erkundigen Sie sich einfach einmal in Hamburg, wo man mittlerweile – man muss sich das mal vorstellen – Sandwesten für Schüler anschafft. Auf diese Idee wäre ich nie gekommen.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

So etwas Fürchterliches! Erkundigen Sie sich mal in Hamburg oder in den skandinavischen Ländern, wo man regelmäßig, ständig und immer wieder homogene Lerngruppen bildet, wenn man merkt, dass die jeweiligen Schüler eben nicht zusammen unterrichtet werden können. Dort beginnt man einzusehen, was die Bildungspolitik in Deutschland vor Jahrzehnten

noch wussten, dass nämlich die Lerngruppen eine bestimmte Heterogenität nicht überschreiten dürfen und die Lehrkräfte besonders erfolgreich unterrichten, die für einen bestimmten Schultyp ausgebildet sind.

Sparen Sie also lieber das Geld an dieser Stelle und verwenden Sie es noch für die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten für die Förderpädagogik! Da wäre dieses Geld sehr gut angelegt.

(Beifall von der AfD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, Sie haben sich durchaus auf den Weg gemacht, die Studienbedingungen in diesem Land zu verbessern. Genannt werden soll hier nur die Einrichtung von neuen Studienplätzen für Medizin – meine Vorredner haben mehrfach darauf hingewiesen – und auch die erhöhten Mittel für die Ausbildungskapazitäten von Förderschullehrern.

Aber räumen Sie endlich mit den Überbleibseln quasi mittelalterlich anmutender Wissenschaftsansätze auf, und führen Sie doch die von Ihnen so groß angekündigte Entfesselung auch im Bereich Wissenschaft und Forschung durch! Befreien Sie Wissenschaft und Forschung von den letzten ideologischen Fesseln einer spekulativen, wirklichkeitsverweigernden Philosophie und machen Sie Ihr Versprechen wenigstens im nächsten Jahr wahr. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Für die Landesregierung spricht nun die Wissenschaftsministerin, die Ministerin für Kultur und Wissenschaft, wie man sie korrekt nennt, nämlich Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. Bitte schön.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mein Ziel ist es, dass die Hochschulen wieder mehr Autonomie erhalten.

Dazu gehört auch das eben angesprochene Thema „Anwesenheit“, das uns demnächst auch im Ausschuss sehr beschäftigen wird. Ich möchte jetzt schon anmerken, dass die Hinweise, die uns der VGH Baden-Württemberg in Mannheim gibt, genau auf der Linie liegen, die der Rechtsstaat vorgibt. Da auch unsere Hochschulen auf der Grundlage des Rechtsstaats stehen, bin ich ganz unbesorgt, dass sie das genau richtig machen werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bessere Rahmenbedingungen und eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sind natürlich auch ganz wesentlich. Diese finden sich auch in dem Entwurf für den Einzelplan 06 wieder.

Die Gesamtausgaben im Einzelplan belaufen sich für das Jahr 2018 auf rund 8,678 Milliarden €. Gegenüber dem Vorjahr ist das im Haushaltsplanentwurf 2018 vorgesehene Ausgabenvolumen – es wurde hier schon mehrfach angesprochen – um rund 116 Millionen € – das sind 1,3 % – gemindert. Dies beruht im Wesentlichen auf dem planmäßigen Rückgang der Mittel für den Hochschulpakt in Höhe von ca. 200 Millionen €.

Bereinigt um diesen Effekt des Hochschulpakts steigen die Ausgaben im Einzelplan 06 im kommenden Jahr um 297 Millionen €. Ich sage es einfach noch einmal; es wurde schon gesagt: Das entspricht einer Steigerung um 3,6 %.

Nur um sich gut zu erinnern, wie es so war: Einen ähnlichen Effekt hat es schon einmal gegeben, nämlich im Jahr 2015 – nur für diejenigen, die sich nicht mehr daran erinnern. Damals betrug die Verminderung des Ausgabenvolumens aufgrund des planmäßigen Rückgangs der Mittel für den Hochschulpakt rund 169 Millionen € gegenüber dem vorhergehenden Jahr 2014. So etwas gibt es eben.

Im Themenfeld Wissenschaft und Forschung sind mit der Umressortierung zudem Haushaltsstellen und Zuständigkeiten an das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie abgegeben worden. Auch das wurde hier erwähnt. Das hat natürlich zu großen Veränderungen auch im Haushalt geführt.

Nichtsdestotrotz sind wir natürlich nach wie vor die Ansprechpartner für die Hochschulen und für die Forschungseinrichtungen des Landes in allen Forschungsbereichen. Aber in dem sozusagen anwendungsnahen Bereich ist jetzt das MWIDE in der Verantwortung und hat natürlich auch die entsprechenden Haushaltsstellen übernommen.

Die Ausgaben der Bereiche Hochschulen und Hochschulmedizin bilden mit 73 % auch im kommenden Jahr den weitaus größten Anteil des Einzelplans.

Auf eine Besonderheit möchte ich noch kurz eingehen, die auch vorhin schon anklang. Die Steigerung der Zuschüsse an die Hochschulen in den letzten Jahren war ganz stark auf den Hochschulpakt zurückzuführen. Diese Mittel dienen maßgeblich der Erhöhung der Zahl der Studienplätze. An den Hochschulen in NRW sind insgesamt etwa 768.000 Studierende eingeschrieben, Stand Wintersemester 2016/2017. Der überwiegende Teil, rund 656.000 Studierende, studiert an den Hochschulen in der Trägerschaft des Landes.

Das macht alles ziemlich deutlich, dass wir uns gemeinsam – das möchte ich wirklich noch einmal deutlich sagen – auf den Weg machen müssen, um eine Zukunft des Hochschulpakts im Verein von Bund und Ländern zu erreichen. Ich glaube, im Moment sind

alle gefordert, ihren Einfluss in dieser Richtung geltend zu machen.

Erst in der vergangenen Woche hat das CHE eine Studie veröffentlicht, wonach die Zahl der Studienanfänger weiterhin auf hohem Niveau bleiben wird. Sie steigt nicht, aber sie bleibt auf hohem Niveau. Also, die Verlängerung des Hochschulpakts ist für uns von ganz entscheidender Bedeutung.

Im Hinblick auf die Situation, in der wir uns derzeit befinden, haben wir den Ansatz für die Globalhaushalte der Hochschulen im Vergleich zum laufenden Jahr um knapp 180 Millionen € auf nun fast 3,8 Milliarden € angehoben.

Insbesondere werden wir ab 2018 die Kostensteigerungen an den Hochschulen abfedern, und zwar erstens durch die Berücksichtigung der Preissteigerungen in wesentlichen Bereichen der Bewirtschaftungskosten. Hier stehen zukünftig jährlich 20 Millionen € mehr zur Verfügung.

Zweitens sollen die Tarifsteigerungen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte berücksichtigt werden. Das Land übernimmt jährlich 11,1 Millionen € für diesen Zweck. Die Hochschulen übernehmen ihrerseits rund 50 % der in den letzten Jahren kumulierten Tarifsteigerungen selbst. Unter dem Strich stehen damit allein rund 22 Millionen € mehr für die Bezahlung der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an Hochschulen zur Verfügung.

Natürlich ist das Thema „Digitalisierung“, das sich durch alle Einzelpläne zieht, auch im Bereich Lehre und Forschung ein Schwerpunktthema. Für die Hochschulen sollen hierfür rund 79 Millionen € bereitgestellt werden.

Kommen wir zur Hochschulmedizin und hier zunächst, damit wir das schnell abräumen, zum Thema der Gutachterkosten. Wir werden im neuen Jahr mit einer groß angelegten Evaluierung der Hochschulmedizin, das heißt der acht hochschulmedizinischen Klinika, und der neuen Pläne seitens des Wissenschaftsrats beginnen. Das kostet eben einfach Geld, das aber meines Erachtens sehr gut investiert ist.

Das ist natürlich alles längst ordentlich kalkuliert. Deshalb sind diese 420.000 € genau der Betrag, den wir dafür brauchen. Nur um einer Legendenbildung entgegenzuwirken: Wir machen damit die Evaluierung der Hochschulmedizin in Nordrhein-Westfalen.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Steigerung der Absolventenzahlen. Warum? – Auch das ist mehrfach angeklungen: Weil es einen großen Bedarf gibt. Dazu werden wir mehrere Maßnahmen ergreifen.

Das ist zum einen der schon häufig genannte Aufbau der Medizinischen Fakultät OWL. Es ist natürlich nicht geplant, dass wir einmalig 4,5 Millionen € einstellen und dann nie mehr etwas, so wie es hier eben

anklang. Wenn man den Haushaltsplan studiert, sieht man, dass sich das langsam steigert und dass wir im Jahr 2021 bei 45 Millionen € sein werden. Das sind im Moment die Planzahlen. Ich denke, das ist eine klare Aussage. Dass wir heftig daran arbeiten, versteht sich von selbst.

Der Modellversuch „Medizin neu denken“ in der Kooperation der Universitäten Siegen und Bonn ist auch ein sehr interessanter und wesentlicher Ansatz. Hier erfolgt der Aufbau schrittweise. Es liegt deshalb auf der Hand, dass diese neuen Strukturen, die ich gerade genannt habe, erst mittelfristig zu ersten Absolventen führen.

Dagegen kann die Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze in Witten/Herdecke unmittelbar erfolgen, da dort auf bestehende Strukturen zurückgegriffen werden kann. Nach der Planung der Universität Witten/Herdecke soll sich die Zahl der Studienplätze von heute jährlich 84 Plätze auf 168 Plätze ab 2019 verdoppeln. Die Förderung des Landes wird entsprechend aufgestockt. Damit wollen wir im kommenden Jahr beginnen, und zwar mit 3,8 Millionen €.

Im Bereich der Sanierung und Modernisierung der Universitätskliniken wollen wir die investiven Zuschüsse um rund 4,1 Millionen € aufstocken. Das ist der Einstieg in eine in den nächsten Jahren aufwachsende Finanzierung einer verstärkten Sanierungs- und Modernisierungsoffensive an den Universitätskliniken. Zudem ist ein Zuschuss für IT-Investitionen in Höhe von 12 Millionen € an die Universitätsklinika ab dem kommenden Jahr vorgesehen.

Wir wollen die Voraussetzungen für exzellente Forschung weiter verbessern. Dabei wollen wir statt einer punktuellen Erhöhung der Zuschüsse für einzelne Mitgliedsinstitute von außeruniversitären Forschungsgemeinschaften vielmehr strukturelle Impulse geben, die in der Forschung von besonderer Bedeutung sind. Das gilt gerade auch mit Blick auf andere Mittelgeber.

Im Einzelnen heißt das, wir werden ab 2018 den Zuschuss zum Grundhaushalt der Fraunhofer-Gesellschaft – Betriebsausgaben und Investitionen sind hier gemeint – um 1,6 Millionen € erhöhen. Zusätzlich wird die Finanzierung von Grundstücken und Baumaßnahmen von Bund-Länder-finanzierten Einrichtungen sichergestellt. Für diese neuen Maßnahmen haben wir für 2018 einen Ansatz in Höhe von 6,4 Millionen € eingeplant.

Zudem wird die zentrale Titelgruppe der Forschungsförderung um 3 Millionen € aufgestockt, mit der Mittel der EU-Strukturfonds landesseitig kofinanziert werden können.

Das Rückkehrerprogramm für hochqualifizierten Forschernachwuchs aus dem Ausland wird ab 2019 aufgestockt und mittelfristig verdoppelt.

Noch eine letzte Bemerkung zum Thema „Frauen in der Wissenschaft“: Wir haben uns darüber schon im Ausschuss ausgetauscht. Man muss sich nur einmal die gesamten Statistiken ansehen, um festzustellen, wie die Situation generell an deutschen Universitäten und auch an Universitäten in Nordrhein-Westfalen aussieht. Dann weiß man, dass man da noch etwas tun muss. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe dann auf den

c) Weiterbildung

Das Wort hat unsere Kollegin Frau Hammelrath von der SPD-Fraktion.

Gabriele Hammelrath (SPD) Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir kommen zum Thema „Weiterbildung“. Damit wird es nahezu vorweihnachtlich. Denn im Bereich „Weiterbildung“ gibt es seit vielen Jahren eine große Einigkeit über die Themen und die Ausstattung mit Haushaltsmitteln. Das ist lange Tradition.

Tradition hatte in den letzten Jahren auch die Rücknahme der Kürzungen. Auch diese ist hier zu begrüßen; denn die neue Regierungsmehrheit hat tatsächlich das fortgeführt, was SPD und Grüne in den letzten Jahren erfolgreich gemacht haben. Wir haben sie damals um 10 % zurückgenommen, jetzt werden sie um 5 % zurückgenommen. Damit sind wir bei einem Haushaltsvolumen – jetzt fängt es an, nicht mehr ganz so positiv zu sein – wie vor 15 Jahren.

Hier wird auch das erste Problem deutlich. So anerkennenswert diese Bemühungen sind und so sehr wir uns sicherlich alle gemeinsam darüber freuen, dass die Weiterbildungseinrichtungen jetzt über deutlich mehr Geld verfügen, so ist noch viel zu tun. Das wird auch im Haushaltsentwurf deutlich; denn wir müssen eine Reihe von Stellen noch verbessern. Ich hoffe, dass das in der gleichen Einigkeit geschieht, wie wir sie bis jetzt aufgebracht haben.

Wir haben hier Sätze für hauptamtliches Personal. Sie sind bei Weitem nicht kostendeckend. Das heißt, dass die Träger der Weiterbildungseinrichtungen zu jeder Stelle, die ihnen zur Verfügung gestellt wird, einen erheblichen Eigenbeitrag leisten müssen. Das stellt gerade kleinere Träger vor eine große Aufgabe. Wir müssen unbedingt die Sätze an das anpassen, was real für diese Stellen benötigt wird.

Ein anderes ganz wichtiges Thema, das wir alle einheitlich sehen, betrifft die Vergütung der freiberuflichen Honorarkräfte. Wir haben auch hier sehr niedrige Beträge im Haushalt angesetzt, die es bei Weitem nicht ermöglichen, dass die Honorarkräfte ihrer Ausbildung und den Notwendigkeiten zur Erhaltung ihres Lebensunterhalts entsprechend bezahlt werden können. Hier müssen wir dringend an die reale Entwicklung anpassen, insbesondere weil wir indirekt und die Träger sehr direkt Druck aus den Sozialsystemen und von den Rentenkassen erhalten.

Das sind Zukunftsaufgaben, die auf jeden Fall anzu- gehen sind. Das ist noch nicht an diesem Haushalt abzulesen, das wird aber hoffentlich gemeinsam an den nächsten Haushalten abzulesen sein.

Bezüglich der Frage, ob das nicht vielleicht eine zu große Forderung dieser Weiterbildungseinrichtungen ist, sollten wir uns einmal die Relationen anschauen, die im lebenslangen Lernen an Haushaltsmitteln aufgebracht werden.

Der Bildungshaushalt ist zu Recht so groß. Darin stehen 18 Milliarden €. Wir haben zusätzlich die Milliarden, die sinnvollerweise im Hochschulbereich angesetzt werden. Wir haben noch in anderen Bereichen Mittel für Qualifizierung.

In Relation zu den 110 Millionen €, die die Weiterbildung erhält – auch diese ist ja ein großer Bereich der Bildungskette –, kommen Milliardensummen zusammen, was schon seit Jahren, ja fast seit Jahrzehnten zu einer Ungleichheit zwischen den ersten 30 Jahren des Lebens und den zweiten 30 Jahren führt, die man mindestens noch berufstätig ist und dringend für Nachqualifizierungen braucht, gerade in der heutigen Zeit, die sehr wissenschaftsgetrieben und veränderungsorientiert ist.

Insofern ist es absolut geboten, dass im Bereich Weiterbildung in den nächsten Jahren deutliche Zuwächse zu verzeichnen sind. Ich hoffe, wie ich schon anfangs bemerkt habe, dass wir das in den nächsten Jahren gemeinsam angehen werden. Wir sind auf jeden Fall dazu bereit. Ich freue mich jetzt schon auf die nächsten Haushaltsberatungen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Hammelrath. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Dr. Nacke.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Lieber Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Armin Laschet das Leitbild vom Aufstieg geprägt. Einerseits soll Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich aufsteigen, zum anderen geht es der neuen Landesregierung um den individuellen Aufstieg durch Bildung.

Dass Aufstieg durch Bildung möglich ist, sei das große Versprechen einer offenen und demokratischen Gesellschaft und beschreibe in besonderer Weise den nordrhein-westfälischen Traum. Diese Bildsprache fasziniert mich und motiviert mich stark.

Ich freue mich sehr, dass mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Klaus Kaiser und seiner expliziten Zuständigkeit für das Thema die Weiterbildung aus ihrem politischen Schattendasein geführt wird. Um das lebenslange und das berufsbegleitende Lernen zukünftig besser fördern zu können, will die neue Landesregierung eine verlässliche Finanzierung sichern und neue Modelle der Weiterbildung ermöglichen.

Bereits im Nachtragshaushalt für 2017 wurde die Rücknahme des verbliebenen Konsolidierungsbeitrags von 5 Millionen € für die Weiterbildung vorgenommen. Dass dies im Haushalt 2018 verstetigt wird, zeigt ein konsequentes und deswegen glaubwürdiges Regierungshandeln. Die Resonanz in der Weiterbildungswelt ist durchweg positiv. Diese Haushaltspolitik der neuen Landesregierung führt seitens der unterschiedlichen Akteure zu einem Mehr an Vertrauen in die Politik.

Meine Damen und Herren, Bildung ist ein zu hohes Gut, als dass man sie dem Parteienstreit überlassen dürfte. Es geht um die Chance auf lebenslanges Lernen, das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Es geht um die zweite Chance, Schulabschlüsse nachzuholen, um am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt besser partizipieren zu können. Es geht um Sprachkurse, Integrationskurse, Bildungsberatung, wertbezogenes Lernen, um Bildungsangebote, die religiöse und weltanschauliche Sinnhorizonte eröffnen,

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist ja ideologisch!)

und natürlich geht es um politische Bildung, die auch angesichts der morgen stattfindenden Aktuellen Stunde zum Thema „Antisemitismus“ so sehr nötig ist.

Das nordrhein-westfälische Weiterbildungsgesetz mit der darin definierten kommunalen Pflichtaufgabe, Erwachsenenbildungsangebote vorzuhalten, ist im Ländervergleich ein qualitativer Vorteil für Nordrhein-Westfalen. Diesen wollen wir ausbauen. Im Gespräch mit den freien, den kirchlichen und den verbandlichen Trägern sowie mit den Volkshochschulen werden wir dieses Aushängeschild weiterentwickeln.

Ich freue mich sehr auf die konstruktive Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der unterschiedlichen Fraktionen dieses Hauses, die sich im Ausschuss bereits angedeutet hat, und ich kann bestätigen, dass wir die vorweihnachtliche Stimmung vielleicht weiterführen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Nacke. – Für die grüne Fraktion hat das Wort nun Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst der Kollegin Hammelrath anschließen. Wir haben jetzt im Haushalt ein wenig ein Auf und Ab. Am Anfang, im Bereich der Kultur, gab es insgesamt schon eine große Zustimmung zu der Linie. Jetzt sind wir bei der Weiterbildung. Auch Herrn Stamp kann ich in der Frage fröhlich anschauen, aber besonders die Ministerin und auch den Parlamentarischen Staatssekretär. Ich freue mich, dass die Linie tatsächlich weitergeführt wird, dass wir fraktionsübergreifend die Kultur der Gemeinsamkeit in Sachen Weiterbildung weitertragen.

Insofern ist es richtig, dass Minister Stamp fröhlich schaut, denn die Weiterbildung war und ist maßgeblich daran beteiligt, die Integrationsaufgaben in diesem Land zu meistern. Die haben angepackt, als die Aufgaben gekommen sind. Deswegen ist es gut und richtig, dass sie weiter gestärkt wird.

Frau Hammelrath hat schon darauf hingewiesen: Wir haben den Konsolidierungsbeitrag gesenkt. Das ist gut, richtig und begrüßenswert. Wir stimmen dem zu, dass dies jetzt auch konsequent fortgeführt wird. Deswegen freue ich mich in der Tat, dass mit Klaus Kaiser als Parlamentarischer Staatssekretär jetzt ein ausgewiesener Experte der Weiterbildung diese Aufgabe verantwortlich in der Koordination hat und diese Gemeinsamkeit so weitergeführt wird.

Es ist wichtig, dass wir der Weiterbildung in ähnlicher Weise kooperativ zur Seite stehen. Wir haben schon ein Gespräch mit dem Gesprächskreis der Weiterbildung geführt. Die Idee, eine Landesstrategie für die Weiterbildung zu entwickeln, findet unsere ausdrückliche Zustimmung. Es sind schon Teilstrategien zum Thema „Digitalisierung“ vorgelegt worden, aber die wesentlichen Punkte, die der Weiterbildung wichtig sind, will ich noch einmal nennen und unterstreichen, weil es ganz zentral um Teilhabe und soziale Gerechtigkeit geht.

Wir müssen uns über neue Formate und über die Zielgruppen, über die Frage der Anerkennungsfähigkeit in der Finanzierung, auch der Beratung innerhalb der Weiterbildung unterhalten. Wir haben uns vorgenommen, das gemeinsam zu tun. Das finde ich gut und richtig. Ich möchte hier noch einmal die Bestrebung unterstützen, dass wir zu einer neuen Finanzierung kommen müssen. Auch dass die Supportstelle im Landesinstitut in Soest weiter ausgebaut worden ist, dass sie bestehen bleibt, dass dort ein Ankerpunkt ist, kann ich nur begrüßen.

Von daher freue ich mich auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit in diesem Sinne.

Einen Punkt sollten wir uns gemeinsam vornehmen, und zwar die Honorare in der Weiterbildung. Das hat in der Tat unterschiedliche Stränge, ist aber ein großes Frustelement bei vielen, vor allem bei denjenigen, die in unterschiedlichen Kursen ihre Arbeit in gleicher Art und Weise leisten. Wir wissen alle um die Not im Augenblick, um die Frage des Sozialversicherungsrechts, um die Fragen der Honorarperspektiven insgesamt. Da sind wir als Politik gefordert, die Weiterbildung zu stärken. Das werden wir gemeinsam tun; da bin ich mir sehr sicher.

Deswegen stimmen wir diesem Teilaspekt des Haushalts ganz klar zu und freuen uns auf die weiteren Beratungen, um das Konzept weiterzuentwickeln. Vielen Dank für die Bereitschaft zur Kooperation.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Körner.

Moritz Körner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe meinen kleinen Weiterbildungskurs dieses Jahr schon hinter mir und gelernt, auf rutschigen Flächen nicht so schnell zu joggen. Insofern möchte ich das an der Stelle, wo wir hier alle so vorweihnachtlich sind, als komischen Einstieg nutzen.

Bei diesem Themenfeld ist klar, dass wir uns weitgehend einig sind. Das wurde eben auch deutlich, besonders durch die Beiträge von Frau Beer und von Frau Hammelrath. Wir haben mit 111 Millionen € für die 460 Einrichtungen, die unter dem Weiterbildungsgesetz arbeiten, eine angemessene Finanzierung für die Weiterbildung möglich gemacht.

Wichtige Themen wurden eben schon angesprochen; ich will das kurz halten. Die Digitalisierung wollen wir stärker aufnehmen. Ich habe mich im Gesprächskreis der Weiterbildung über die Ansätze im Bereich der Digitalisierung, die wir verstärken wollen, sehr gefreut.

Das gilt auch für die Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes, das an der einen oder anderen Stelle noch reformbedürftig ist und angepasst werden muss. Auch da werden wir die Digitalisierung in der Weiterbildung stärker nutzen.

Ich freue mich auch, dass wir hier gemeinsam über Parteigrenzen hinweg die Bedeutung der Weiterbildung erkennen. Frau Kollegin Beer hat die Bedeutung der Integration, der Sprachkurse schon erwähnt.

Ich will hinzufügen, dass wir die politische Bildung, die wir unter dem Weiterbildungsgesetz durchführen und meiner Meinung nach in einer stärker polarisierenden Gesellschaft immer wichtiger wird, und das

Thema „Chancengerechtigkeit“ bei diesem Haushaltspunkt berücksichtigen müssen. Denn es geht auch darum, Bildungsabschlüsse über Weiterbildung nachholen zu können.

Grundsätzlich sind wir uns sehr einig. Ich finde, es ist an dieser Stelle eine gute Kultur, dass wir gemeinsam über Parteigrenzen hinweg daran arbeiten und in der Diskussion mit den Trägern – auch in diesem Jahr wieder bei der Weiterbildungskonferenz – diese Punkte ganz konkret angehen werden.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Körner, und gute Besserung für den Arm. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Ganz herzlichen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzaufwendungen für den Weiterbildungsbe-
reich weisen erfreulich hohe Summen auf. Da sind wir uns in dieser Vorweihnachtszeit tatsächlich einig; denn Bildung ist neben der materiellen Existenzsicherung sicherlich der wichtigste Faktor, den es in einer Gesellschaft zu pflegen gilt.

Ich möchte aber trotzdem meinen Finger in die eine oder andere Wunde legen, die trotz vorweihnachtlicher Zeit aufgedeckt werden muss, damit sie heilen kann. Herr Körner hat jetzt Gelegenheit, genau das nachvollziehen zu können. Es bringt nichts, über Wunden hinwegzugehen. Wir haben in diesem Ansatz für die Weiterbildung immerhin noch 5 Millionen € für schulabschlussbezogene Lehrgänge und 3,7 Millionen € für zusätzliche Deutsch- und Alphabetisierungskurse veranschlagt. Das Geld fehlt uns natürlich an anderer Stelle, was wir in den Weiterbildungstopf hätten hineingeben können.

Beide Positionen sind nur beispielhaft – das kann man jetzt nicht insgesamt alles erläutern – und stehen exemplarisch für partielles Versagen in bestimmten Bereichen.

Die 5 Millionen € für schulsachbezogene Lehrgänge sind ein weiterer Indikator für dieses partielle Versagen in der Schulpolitik. Weitere Beispiele sind die halbherzige Unterstützung der Mehrgliedrigkeit des Schulsystems, die zum Teil untauglichen Unterrichtsmethoden und die Überforderung des Lehrpersonals mit unterrichtsfremden Aufgaben. Vieles könnte man jetzt noch aufzählen, aber das ist jetzt nicht die Debatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben zum Teil im Bildungsbereich wieder Zustände, wie wir sie in den letzten 100 Jahren nicht mehr kannten,

auch was die Alphabetisierung usw. angeht. Verstärkt werden diese systemimmanenten Schwächen jetzt noch durch die Belastungen, welche die illegale ungesteuerte Zuwanderung auch für die Schule und die Bildungsinstitutionen bedeuten.

Im Hinblick auf erwartete Wohlstandssteigerungen durch Zuwanderung war ja die Vorfreude seitens der Politik, der Wirtschaft und der Medien in Deutschland sehr groß, sodass ein regelrechter Kampf um die beste Willkommens- und Lobkultur zwischen den genannten Akteuren entbrannte. Schließlich glaubte man sogar an ein neues Wirtschaftswunder durch Zuwanderung. Da hörte man – Zitat –:

„Die meisten Flüchtlinge sind jung, gut ausgebildet und hoch motiviert. Genau solche Leute suchen wir.“

Das sagte Dieter Zetsche. – Herr Wollseifer konstatierte:

„Wir brauchen wirklich alle.“

Herr Professor Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sagte:

„Es sind fast alles Akademiker. Schließlich habe fast die Hälfte der von ihm befragten Flüchtlinge ein Gymnasium besucht.“

Und so geht das weiter. Herr Schulz sagte:

„Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold.“

Das ist erst einmal eine sehr positive Einstellung. Diese kann man als Privatmensch so haben. Als Politiker ist man verantwortlich für die Gesamtgemeinschaft. Da geht es nicht an, dass man im Grunde selektiv wahrnimmt. Jetzt sieht die Realität plötzlich ganz anders aus. Das ifo Institut der Universität München sagt:

„Zwei Drittel der Achtklässler in Syrien haben im Jahr 2011, also noch vor Ausbruch des Bürgerkriegs, nicht einmal ein Kompetenzniveau erreicht, dass der untersten Stufe des Pisa-Tests entspricht.“

(Christian Loose [AfD]: Hör! Hör!)

Das Bundesinstitut für Berufsbildung konstatiert, dass 59 % der Flüchtlinge über gar keinen Schulabschluss verfügen. Bei Zuwanderern aus Somalia, Eritrea und dem Irak lag dieser Anteil sogar bei mehr als 70 %.

Auch der damalige Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frank Weise, attestierte, dass nur rund 40 % der Flüchtlinge überhaupt Arbeitserfahrung hätten.

Außerdem sind laut Bundesagentur für Arbeit die Hartz-IV-Quoten ausgerechnet bei Irakern, Afgha-

nen und Pakistani besonders hoch. Die eben genannten Zahlen berücksichtigen den Flüchtlingsstrom aus dem Jahre 2015 noch gar nicht.

Für uns bedeuten illegale Zuwanderung und der irrationale und realitätsferne Umgang mit dieser Problematik nicht nur eine Gefahr für unser Bildungssystem, sondern wesentlich höhere Kosten. Diese Kosten spiegeln sich unter anderem in den Haushaltsansätzen des Einzelplans.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Weiterbildung und Hetzerei haben nichts miteinander zu tun!)

– Es ist keine Hetzerei, Frau Beer.

(Markus Wagner [AfD]: Hören Sie mal zu, Frau Beer! Dann lernen Sie noch was! – Weitere Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke)

Wir besprechen doch den Haushalt, Frau Beer. Da muss es doch erlaubt sein, die Summen aufzuzählen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Frau Beer, ich habe Ihnen gerade gesagt: Als Privatmensch, Frau, Mann, kann man wirklich Hilfe leisten und alles verkaufen, was man hat. Das gibt es schon in der Bibel. Aber als Abgeordnete und als Regierung muss man für das Gesamtwohl da sein.

(Beifall von der AfD)

Ich lege die Finger in die Wunde. Dieses Gesamtwohl ist nicht in den Blick genommen worden. Diese 3,7 Millionen € sind nur eine kleine Summe; darüber wollen wir gar nicht sprechen. Das Problem ist doch, dass überall in den einzelnen Haushalten, sowohl hier im Land als auch in den Kreistagen und in den Kommunen, die Kosten versteckt sind. Mir hat der Kreisdirektor auf meine Frage, ob er die Summe einmal insgesamt darstellen könne, gesagt, das könne er nicht; weil es aus vielen Töpfen finanziert werde, wisse er nicht, wie viel Kosten die illegale Zuwanderung verursacht. Und das ist ein Skandal.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Helmut Seifen (AfD): – Ich höre jetzt auf. Nur noch ein Satz: Es ist danebengegangen. Wir müssen die Menschen versorgen; das ist doch klar; das will jeder. Aber ehrlicher wäre es, wenn es neben den Haushaltsansätzen in den jeweiligen Einzelplänen eine Gesamtübersicht über die Kosten gäbe, welche durch die illegale Einwanderung entstanden sind. Und dann, Frau Beer, sollten in Zukunft die Verantwortlichen eine vernünftige Politik machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen zum Thema „Weiterbildung“, dem dritten Abschnitt des Einzelplans 06, Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Bitte schön.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Im Bereich der Weiterbildung hat der Landtag mit dem Nachtragshaushalt für das laufende Jahr durch die Abschaffung des Konsolidierungssatzes bereits einen wichtigen finanziellen Schritt getan. Der gemeinwohlorientierten Weiterbildung stehen damit schon jetzt rund 6 Millionen € mehr zur Verfügung. Dies ist im Einzelplan 06 ein Plus von 5 Millionen €. 1 Million € entfallen auf die Familienbildung, die im Zuständigkeitsbereich des Familienministeriums liegt. Diese Mittelerhöhung stärkt die Weiterbildung, unter anderem auch bei Alphabetisierung und Grundbildung, die zum Pflichtangebot der Volkshochschulen gehören.

Es sind weitere Schritte notwendig, um die Finanzierung der Angebote nach dem Weiterbildungsgesetz verlässlich sicherzustellen. Dafür sind umfangreiche und vertiefte Abstimmungen mit allen beteiligten Akteuren der Weiterbildung erforderlich.

Das Kapitel „Landeszentrale für politische Bildung“ hat im Haushaltsplanentwurf 2018 einen Gesamtansatz in Höhe von etwa 15 Millionen €. Dies ist eine Steigerung von rund 7 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Landesregierung will die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung institutionell und sachlich stärken. Deshalb haben wir die Ausgaben für den Sachhaushalt der Landeszentrale, die Ausgaben für die Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus und die Ausgaben für den Schülerwettbewerb „Begegnung mit Osteuropa“ erhöht.

Um es an dieser Stelle sehr deutlich zu sagen: Die Landeszentrale für politische Bildung hat die Aufgabe, die Demokratie vor Extremisten jedweder Couleur zu schützen und über demokratiefeindliche Ideen aufzuklären. Entsprechend breit aufgestellt sind die Angebote der Landeszentrale, die sich gegen alle Formen des Extremismus richten, und die mit ihren Programmen, Medien, Projekten, Veranstaltungen und Förderungen für die Gefahren sensibilisieren und Bürgerinnen und Bürger in ihrer demokratischen Haltung stärken und handlungsfähig machen sollen. Dabei unterstützen die präventiven Maßnahmen zum Beispiel gegen extremistischen Salafismus wichtige Ziele der Landesregierung auch im Bereich der inneren Sicherheit.

Gleichzeitig widmet sich das Ministerium dem Thema auch im Rahmen von Wissenschaft und Forschung. Wir fördern unter anderem das Kompetenznetzwerk zur Erforschung des extremistischen Salafismus.

Diese Forschungsarbeit findet in enger Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung statt.

Wir haben ebenfalls die Ausgaben im Bereich der historischen Verantwortung für die Förderung der Vertriebenenkultur sowie für die pädagogische Arbeit im Zusammenhang mit Kriegsgräberstätten deutlich erhöht. Die Gedenkstätte Stalag 326, die im vergangenen Jahr mit knapp 100.000 € gefördert wurde, wird zukünftig einen um 75.000 € höheren Zuschuss erhalten. Zusammen mit der Universität Bielefeld sollen gleichzeitig die wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Lager vertieft werden. Dies ist ein Beispiel für die neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die durch die Umressortierung des Ministeriums entstehen und genutzt werden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Loose aus der AfD-Fraktion?

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Nein, ich möchte jetzt einfach fortfahren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie wollen keine Zwischenfrage zulassen?

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Nein, danke.

Vizepräsident Oliver Keymis: Okay.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Damit habe ich Ihnen die wesentlichen finanziellen Planungen des Einzelplans 06 vorgestellt.

Das neue Ministerium für Kultur und Wissenschaft ist aber weit mehr als nur die Summe seiner Teile. Die Bereiche Kultur, Wissenschaft und Weiterbildung werden zunehmend zusammenwachsen, und es werden bereits jetzt Arbeitsprogramme gemeinsam entwickelt. Der Bereich der Salafismusbekämpfung – das erwähnte ich gerade – ist nur ein Beispiel von vielen.

Ich würde mich freuen, wenn diese Arbeit auch im parlamentarischen Raum Unterstützung erfährt. Deshalb werte ich es als gutes Signal, dass der Entwurf des Einzelplans im Wissenschaftsausschuss, im Kulturausschuss sowie im Finanzausschuss dem Plenum mehrheitlich zur Annahme empfohlen wurde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Landesregierung hat ihre Redezeit um ein paar Minuten überzogen. Wie ich sehe, ändert dies aber nichts daran, was die Wortmeldungen betrifft.

Insofern schlage ich vor, dass wir zu dem kommen, weswegen wir hier zusammengekommen sind, nämlich zur Abstimmung.

Zur Abstimmung steht die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses Drucksache 17/1506. Darin hat der Haushalts- und Finanzausschuss empfohlen, diesen Einzelplan 06 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der **Einzelplan 06 in zweiter Lesung** mit der Koalitionsmehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Bevor ich nun den Einzelplan 02 aufrufe, muss ich im Nachgang zu TOP 1, Einzelplan 04, eine nichtförmliche Rüge aussprechen. Sie betrifft Herrn Abgeordneten Röckemann von der AfD-Fraktion. Herr Röckemann, Sie haben sich während Ihrer Rede mit der Äußerung zur Kriminalstatistik unparlamentarisch verhalten. Die verwendete Formulierung werde ich hier nicht wiederholen. Ich ermahne Sie aber ausdrücklich und fordere Sie auf, derartige Äußerungen zukünftig zu unterlassen. Sie wissen, worum es geht. Sollten Sie es nicht wissen, prüfen Sie es bitte selbst noch einmal nach. Wenn Sie dies noch einmal wiederholen würden, müsste eine förmliche Rüge ausgesprochen werden.

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

- a) Staatskanzlei**
- b) Europa und Internationales**
- c) Sport**
- d) Medien**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1502

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1542

Wir beginnen mit dem Abschnitt

a) Staatskanzlei

(Unruhe)

– Das scheint ja ein heiteres Thema zu sein, auf das Sie sich alle freudig einstimmen, wenn ich den Lärmpegel richtig einschätze.

(Anhaltende Unruhe)

Nachdem es nun angenehm leise geworden ist – das war Ironie –, rufe ich zum Einzelplan 02 für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Müller-Witt auf.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem vorliegenden Haushaltsplan für Staatskanzlei und Ministerpräsident scheint man – das meine ich jetzt nicht bezogen auf das Plenum – keine größere Beachtung zu schenken oder schenken zu wollen. Nicht anders ist es zu erklären, dass das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu diesem Einzelplan erst 24 Stunden vor der entscheidenden Beratung im Hauptausschuss vorlag – und dies, obwohl die Geschäftsordnung des Landtags klar und deutlich besagt, dass dieses Ergebnis die Grundlage der Beratungen bilden soll. Das hier an den Tag gelegte Verfahren missbilligen wir ausdrücklich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun aber im Einzelnen: Der Einzelplan zeichnet sich ähnlich wie schon andere Einzelpläne durch einen umfänglichen Stellenaufwuchs aus. Man gönnt sich was. Dabei spreche ich nicht von den entfristeten Stellen, sondern von den zusätzlichen weiteren Stellen. Gerechtfertigt werden diese neuen Stellen unter anderem durch das neue Referat „Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen“, ein Referat, dessen Aufgabenstellung bislang noch völlig unklar ist. Das nährt die Vermutung, dass zunächst der Wunsch nach einer Einstellung zusätzlicher Kräfte vorhanden war und man dann einen passenden, aber nicht allzu konkreten Titel formuliert hat.

Eine weitere Aufstockung hat das Referat Ehrenamt erfahren. Was auf den ersten Blick positiv erscheint, weist bei dem Versuch der Detailanalyse jedoch zahlreiche weiße Flecken auf – weiße Flecken, die durch das Berichterstattergespräch nur unzulänglich Konturen erahnen lassen. Umso unverständlicher ist die Tatsache, dass der Hauptausschuss bis heute darauf wartet, dass die zuständige Staatssekretärin über die Pläne der Regierung informiert.

Auch insgesamt entstand im Hauptausschuss der Eindruck, dass von Regierungsseite die Information des Ausschusses nicht unbedingt als Bringschuld verstanden wird. So wurde eine sogenannte kleine Regierungserklärung erst auf Antrag der SPD-Fraktion abgegeben.

Auch die Schaffung einer weiteren Führungsstelle im Landespresse- und Informationsamt ist trotz der Begründung mit der Neukonzeptionierung der Medienarbeit der Landesregierung nicht nachvollziehbar. Eine Erklärung im Unterausschuss Personal lautete,